

## Unerhörte Forderung

**Grüne Jungaktionäre sorgten auf der Hauptversammlung des Chemiekonzerns Hoechst für Aufregung.**

Die Vorbereitungen an der Pfaffenwiese begannen schon im Morgengrauen. Uniformierte Truppen umzingelten das Gelände, der Werkschutz des Frankfurter Chemiekonzerns Hoechst war in stahlblauer Tracht angetreten.

Hessens schwerbewaffnete Polizei leistete Objektschutz für die Hoechster Jahrhunderthalle, die traditionelle Prunkstatt des Chemieunternehmens. Der ordentliche Verlauf der „ordentlichen Hauptversammlung“ schien bestens gesichert.

Rund 200 Kapitaleigner der Hoechst AG hatten sich am Dienstag vergangener Woche zum Jahrestreffen versammelt. In langen Schlangen wurden die Aktionäre durch Sperrgitter und Kontrollstellen gedrängt, zwischen Röntengerät und Metalldetektor tüchtig gefilzt und betastet. Handschellen lagen für den Ernstfall bereit.

Höchste Wachsamkeit schien geboten. Unter die altvertrauten Couponschneider hatten sich knapp 200 Frankfurter Grüne eingereiht, allesamt ausgestattet mit kleinen gelben Karten, die sie als Aktionäre des Konzerns auswiesen. Und von den neuen Anteilseignern, das ahnte Hoechst-Chef Rolf Sammet schon vor langem, sei „allerhand zu befürchten“.

Doch zunächst blieb alles friedlich. Still guckten die Möchte-nicht-Kapitalisten dem Lichtspiel des Konzerns „Von Menschen und Medikamenten“ zu, das davon handelte, wie Parasiten resistent



**Hoechst-Chef Sammet**  
Vor Gullys Fischgewimmel geortet

werden und die Geschlechtskrankheiten weltweit zunehmen. Ohne Widerspruch nahmen sie zur Kenntnis, wie erfolgreich „wir bei Hoechst“ an der Lösung dieser großen Aufgaben arbeiten.

Schweigend hörten die Grünen auch Konzernchef Sammet zu, der wortreich über die viel zu schlechte Wirtschaftslage und die viel zu hohen Strompreise lamentierte. Erfreuliches wußte der Chemiker nur über den neuen Großaktionär zu berichten, „unseren kuweitischen Partner“, dessen Vertreter Abdul Baqi Al-Nouri nun in den Aufsichtsrat zu wählen sei.

Friedfertig mischten sich die Aktionäre in ausgewaschenen Jeans unter das graue Tuch der meist betagten übrigen Anteilseigner. Sie verschmähten auch nicht die ausliegenden Lunchtüten, aßen

wie die anderen Aktionäre grüne Äpfel und schwarzes Brot, lutschten Pfefferminzbonbons.

Die Fronten waren dennoch deutlich abgesteckt. „Die Hoechst AG ist der größte Umweltverschmutzer im Rhein-Main-Gebiet“, so schrieben die Umweltschützer in einen Antrag. Der Vorstand habe „Schuld bei der Verseuchung von Wasser und Luft sowie bei der Vernichtung der Wälder“.

Um ihre Thesen zu belegen, meldeten sich die Grünen ganz ordentlich zur Gegenrede an, allen voran die Frankfurter Stadtverordneten Walter Oswald und Manfred Zieran. Vorstand und Aufsichtsrat gaben dem Begehren statt. Und dann wurde es lebhaft in der Jahrhunderthalle.

Eifrig liefen 15 Opponenten in Turnschuhen zum Rednerpult. Hitzig kritisierten sie die „arrogante Umweltpolitik“ des Konzerns, die „gnadenlose Ausbeutung“ der Natur, plädierten sie für den bedrohten Eisvogel, für Wiedehopf und Neuntöter. Auf dem fargesäumten Podium hörten 33 Männer und eine Frau mit unbewegten Mienen zu.

Die Anklagen waren für Unternehmensführung und Aktionäre nicht neu. Sie hätten sie auch leicht ertragen – wäre da nicht noch eine unerhörte Forderung gewesen: Die Jung-Aktionäre Jörg Goldberg, Gerd Kallenbach und Manfred Zieran verlangten, auf die gewohnte Dividende zu verzichten und den „gesamten Bilanzgewinn für Zwecke des Umweltschutzes“ zu verwenden.

Das war für hartgesottene Kapitalisten zu viel. Das habe es ja noch nie gegeben, schimpfte Anlagenberater Heinz Saerberg und zeigte den Antragstellern mit dem Finger einen Vogel. „Daß Aktionäre keine Dividende haben wollen“, so der Berufsspekulant, „das ist viel schlimmer als saurer Regen. Das würde ein Aktionärssterben verursachen.“

„Das ist Gewalt gegen uns normale Aktionäre“, assistierte Kurt Fiebich, Aktionärssprecher und notorischer HV-Nörgler, unter dem brausenden Beifall der kapitalkräftigen Mehrheit: „Ein fürchterlicher Blödsinn.“

Er sei selbst Umweltschützer, behauptete Fiebich, würde nicht rauchen, oftmals mit dem Rade fahren. Aber die da, die Grünen, das seien „Pharisäer und Heuchler“. Welche Berufe „unsere Opponenten“ eigentlich ausübten, begehrte der bundesweit bekannte Couponschneider zu wissen, „ob sie überhaupt ihren Lebensunterhalt verdienen“. Die Antwort gab er sich gleich selbst: „Die leben über Baßög.“

Im Saal wurde es laut, die Stimmung hitzig. Als der grüne Delegierte Oswald seinen Monolog partout nicht verkürzen wollte, stürzte sich einer der Altaktionäre auf den Neuling, Fäuste flogen, Oswald ging zu Boden. Die blauen Männer



**Hoechst-Aktionär Oswald\*, Werkschutz:** Die Blauen griffen kräftig zu

\* Nach der Rückkehr von der Polizeiwache; Oswald versuchte vergeblich, wieder in die Hauptversammlung zu kommen.

vom Werkschutz griffen kräftig zu, die grünen von der Polizei eilten mit Handschellen herbei. Das Opfer Oswalt wurde gefesselt auf die nächste Wache geschleppt. Das Kapital hatte seine Muskeln spielen lassen.

Dann wurde nach gutem demokratischem Brauch über den Fortgang der Veranstaltung abgestimmt. Das Votum offenbarte die Verteilung von Macht und Ohnmacht im Saal: 34 291 343 Kapital-Anteile stimmten für ein Ende der Debatte, 5282 dagegen. Ruhe und Ordnung waren wiederhergestellt.

Gelassen verkündete Chemiechef Sammet jetzt in stundenlangender Rede die Höchster Wahrheit. Die Behauptungen der Grünen seien allesamt falsch. Den sauren Regen hätte es schon immer gegeben, die Forstschäden beruhten auf „ungeklärten Ursachen“, Maßnahmen dagegen seien folglich „falsche Maßnahmen“.

In keinem Fall hätten im übrigen die Beweise für angebliche Umweltvergehen zu einer Klage vor Gericht gereicht. Das sei auch kaum verwunderlich. Die Belästigung der Umwelt durch Lärm nämlich sei gering, bei Hoechst gebe es „weniger Unfälle“ als anderswo, die Belastung von Stadtluft und Main-Wasser ist, laut Sammet, „deutlich verringert“.

Im Untermain, direkt vor Kanälen und Gullys, hat der Hoechst-Chef sogar ein Fischgewimmel geortet: „17 verschiedene Fischarten“ gäbe es dort schon wieder, nur über deren „Eßbarkeit“, so Sammet, könne er nichts sagen.

Den Grünen war der Appetit vergangen. Still, wie sie gekommen waren, trollten sich die neuen Aktionäre.

## WERBUNG

### Rein deutsch

**Der Postminister kündigte überraschend den Werbevertrag mit der Hamburger Agentur Lintas. Sollen jetzt CDU-Agenturen versorgt werden?**

Der Anruf aus dem Bonner Postministerium löste in der Hamburger Werbeagentur Lintas Jubel aus.

Mit den „besten Wünschen vom Herrn Minister“ wurde Lintas-Chef Ingo Zuberbier die Nachricht übermittelt, soeben den 50 Millionen Mark schweren Werbeetat der Bundespost gewonnen zu haben. In einem monatelangen, aufwendigen Verfahren hatte sich die Groß-Agentur gegen zunächst 20, zuletzt zwei Konkurrenten durchgesetzt.

Zuberbier, dessen Firma bereits seit 1971 für die Post wirbt, vermeldete den neuerlichen Sieg mit „Stolz und Freude“. Für die „nächsten vier bis sechs Jahre“, so war dem Werbemann signalisiert worden, sei die Zusammenarbeit gesichert. Doch jetzt, genau ein Jahr



**Postwerbung**  
Geflügelte Worte



**Postwerber Zuberbier**  
Erfolgreiche Verbindung

nach dem Freudentag, ist bei Lintas von Stolz nichts mehr zu spüren. Vorletzten Freitag, im achten Monat seiner Amtszeit, revidierte Bonns neuer Postminister Christian Schwarz-Schilling plötzlich und unerwartet die Entscheidung seines sozialdemokratischen Vorgängers Hans Matthöfer.

Ohne Vorwarnung schickte der Christdemokrat den Hamburgern die Kündigung. In einem knappen, fünfzeiligen Einschreiben erklärte er die Zusammenarbeit zum Jahresende für beendet.

So hatte sich Zuberbier die Wende in Bonn nicht vorgestellt. Bestürzt verlangte der erfolgsgewohnte Werbemanager eine Aussprache beim Minister.

Ein einleuchtender Grund für die abrupte Kündigung ist nicht zu erkennen. Die Lintas-Werber haben all die Jahre gekonnte Kampagnen gefahren. Unbestritten gehört die Zusammenarbeit zwischen dem größten deutschen Reklamunternehmen und dem größten deut-

schen Dienstleister zu den erfolgreichsten Verbindungen in der einheimischen Werbung. Zuberbier kann sich dabei auf einhellige Urteile berufen, die seiner Firma beste Zeugnisse für die Postwerbung ausstellen.

Die Lintas-Werbung trug dazu bei, das Telefon, den Geldbringer des Staatsunternehmens, zu einem weitverbreiteten Haushaltgerät zu machen. Bei der Übernahme der Telefonwerbung durch die Hamburger (1975) betrug die Tele-



**Postminister Schwarz-Schilling**  
Schwäche für den Mittelstand?

phondichte im privaten Bereich bundesweit 37 Prozent. Daß heute drei von vier Haushalten über einen Anschluß verfügen, sei mit ein „Erfolg der Agentur“, glaubt auch Guido Stanovsky, im Ministerium für die Werbung zuständig.

Lintas-Slogans wie „Ruf doch mal an“ wurden zu geflügelten Worten. Der von Lintas geprägte „Mondscheintarif“ steht gar im Duden.

Denkbar sogar, daß sich die Werbefirma um die Schreibfreudigkeit der Deutschen verdient gemacht hat. Jedenfalls mußten die Briefträger 1982, zwei Jahre nachdem eine Lintas-Kampagne gestartet worden war („Schreib mal wieder“), 700 Millionen Briefe mehr verteilen als im Jahr davor.

„In aller Regel kündigt ein Kunde seiner Agentur nur dann die Zusammenarbeit auf, wenn er mit den Leistungen nicht mehr zufrieden ist“, ärgert sich Zuberbier. Das aber sei „in unserem Fall nun wirklich nicht gegeben“.

Für Schwarz-Schilling ist die Leistung kein Argument. Der Oberpostler brief sich, gegen den Rat der zuständigen Abteilungsleiter, auf politische Gründe.

Er habe die Entscheidung getroffen, ließ der Minister verbreiten, um damit „auch auf diesem Gebiet der Regierungserklärung Bundeskanzler Kohls